

Straubhaar, Thomas

Article — Published Version

Wachstum - Gebot der Stunde

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Straubhaar, Thomas (2004) : Wachstum - Gebot der Stunde, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 84, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42285>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wachstum – Gebot der Stunde

Wachstum“ steht als wirtschaftspolitisches Ziel für 2004 sowohl bei der Regierung als auch der Opposition ganz oben auf der Liste. Die Sozialdemokraten wollen mit einer Innovationsoffensive Deutschland voranbringen. Mit der Initiative, Elite-Universitäten zu fördern, springen sie dabei weit über den eigenen Schatten. Die Opposition will mit einer großen Steuerreform die Wachstumskräfte entfesseln. Für das politische Bekenntnis zu „mehr Wachstum“ ist es höchste Zeit. Zu lange hatten kurzfristige Themen die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion dominiert. Zu sehr hatten bei der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform das Weihnachtsgeschäft und der sich abzeichnende zarte Konjunkturaufschwung im Vordergrund gestanden. Nun wird endlich akzeptiert, dass Deutschland weniger ein konjunkturelles als ein langfristiges Wachstumsproblem hat.

Die Einigung im Vermittlungsausschuss war wichtig für die psychologische Stimmung. Sie sandte das Signal aus, dass sich Deutschland bewegt, langsam zwar, aber immerhin doch etwas. Für die langfristige Wirtschaftsentwicklung ist damit jedoch noch wenig bis nichts gewonnen. Nach wie vor krankt die deutsche Wirtschaft an einer schon lange dauernden Wachstumsschwäche, die durch die Wiedervereinigung noch einmal verschärft worden ist. An den grundsätzlichen Strukturproblemen ändern weder das Vorziehen der Steuerreform noch die guten Konjunkturaussichten für 2004 wirklich etwas. Die Beschäftigungslosigkeit bleibt auch in diesem Jahr zu hoch. Die Staatsverschuldung wird weiterhin zunehmen. Bestenfalls kann jetzt der schleichende Niedergang Deutschlands vorerst gestoppt werden und ist nun der Moment günstig, nicht alles anders, aber vieles besser zu machen.

Regierung und Opposition haben erkannt, dass die alles in allem guten konjunkturellen Aussichten für 2004 eine Verschnaufpause schaffen, um das für Deutschland zu schwache Potentialwachstum zu stärken. Jüngste Berechnungen des Sachverständigenrates verweisen auf die seit Mitte der neunziger Jahre geringere Dynamik und das schwache Potentialwachstum von lediglich 1,5% pro Jahr. Zwar ist Wachstum nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts! Auf diesen einfachen Nenner lässt sich die Bedeutung wirtschaftlichen Wachstums für den Wohlstand eines Landes zusammenfassen. Unzweifelhaft ist, dass andere Aspekte je nach normativer Bewertung für die einen genauso wichtig und für andere sogar wichtiger sein mögen. Sicher aber ist, dass gerade die höher entwickelten Länder und ihre gut ausgebauten Sozialsysteme auf Wirtschaftswachstum angewiesen sind, um ihre Umverteilungsaufgaben überhaupt erfüllen zu können.

In Deutschland kommt hinzu, dass die Beschäftigungsschwelle, ab der neue Arbeitsplätze entstehen, etwa gerade bei einem Wirtschaftswachstum von 1,5% liegt. Anders ausgedrückt: Ohne ein stärkeres Potentialwachstum fehlt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ein fundamentaler Antriebsfaktor. Deshalb ist die von der Regierung angeschobene Initiative „Wachstum durch Innovationen“ zielführend. Wenn es gelingt, über Innovationen das Potentialwachstum in Deutschland nachhaltig zu stärken, verbessern sich die Beschäftigungsmöglichkeiten und damit die Chancen, viele heute so dringliche wirtschaftspolitische Probleme wie die Sanierung der sozialen Sicherungssysteme einfacher zu lösen.

Eine andere Frage ist, ob die Regierung das wirtschaftspolitisch richtige Ziel „mehr Wachstum über mehr Innovationen“ auch mit den richtigen Instrumenten zu erreichen versucht. Da bestehen doch einige Zweifel. Die Ankündigung, den Anteil der staatlichen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen ausweiten zu wollen, die Einberufung eines „Innovationsrates“ und die Festlegung der Bil-



Thomas Straubhaar

dungsministerin, zehn staatliche Hochschulen zu Eliteuniversitäten zu machen, aber gleichzeitig Studiengebühren zu verhindern, deuten in Richtung einer aktiven staatlichen Innovationspolitik. Das wäre der falsche Weg. Es gibt mehr als genügend historische Beispiele für das Scheitern staatlicher Innovationsstrategien.

Weil niemand weiß, wann, wo, wer die zündende Idee hat, lassen sich Innovationen nicht anordnen und auch nicht erzwingen. Natürlich kann der Staat im Einzelfall „innovativ“ sein. Eine nüchterne Analyse planwirtschaftlicher Systeme macht jedoch deutlich, dass die Sowjetunion zwar in der Lage war, als erste Nation einen Sputnik ins All zu schießen. Sie war aber unfähig mit dem Tempo Schritt zu halten, mit dem in den offenen, demokratischen Gesellschaften des kapitalistischen Westens flächendeckend und eben nicht nur punktuell eine Neuerung zur nächsten führte. Es sind die Dynamik und die Breite, die eine Innovationslawine auslösen, die zur Quelle gesamtwirtschaftlicher Produktivitätssteigerungen und zum Motor für mehr Wachstum wird. Da müssen staatliche Planwirtschaften auf der Strecke bleiben. Ihnen fehlt schlicht das Informationsnetzwerk, das sich in Marktwirtschaften aus dem permanenten, freien Zusammenspiel von Menschen ergibt, die ständig und überall Güter und Dienstleistungen anbieten, kaufen oder tauschen. Diese unglaubliche Fülle vielfältiger Informationen zu Wissen und dann zu Innovationen zu verdichten und vor allem die enorme Geschwindigkeit mit der es heißt, zu lernen, zu entscheiden und zu handeln, muss – abgesehen von Einzelfällen – jede Behörde überfordern.

Angesichts der Komplexität, der Dynamik und der Unsicherheit von Innovationsprozessen ist der Verzicht auf eine aktive Innovationspolitik die beste Innovationspolitik. Wer mehr Innovationen fordert, muss auch den Mut haben zu tun, was Innovationen fördert. Innovationen verlangen nämlich nicht nach mehr Politik. Sie brauchen weniger Staat und mehr Freiheit. Unbekanntes oder Zufall lassen sich nun einmal nicht planen. Innovationen fördern heißt zuallererst Freiräume schaffen. Damit Neues entstehen kann, muss Altes wegfallen. Innovationen sind Angriffe auf bestehende Besitzstände. Sie verändern gut eingespielte polit-ökonomische Gleichgewichte. Neue Technologien entwerten alte. Kurz: Innovationen sind die Quelle des Strukturwandels. Sie sind beides zugleich: Zerstörung und Schöpfung. Somit schafft jede Politik, die den Strukturwandel fördert und nicht bremst, den Nährboden für Innovationen.

Wer Konkurse und Entlassungen nicht verhindert, träges Verhalten nicht belohnt und erfolgreiche Eigeninitiative nicht bestraft, hat die wichtigsten Voraussetzungen für Innovationen bereits erfüllt. Notwendig ist eine passive Innovationspolitik, die auf die Kraft des Einzelnen und nicht auf die Kraft des Staates vertraut. Sie muss auf die nicht planbare, spontane Eigeninitiative und nicht auf Anordnungen aus Ministerien, Verwaltung und Bürokratie setzen. Sie muss Rahmenbedingungen schaffen, unter denen es sich für Menschen aus Eigeninteresse und -verantwortung lohnt, auf Freizeit zu verzichten und stattdessen in Hinterhöfen und Garagen, in Labors und Büros nach Neuerungen zu suchen, um damit nicht nur persönliche Anerkennung zu erlangen, sondern auch Geld zu verdienen.

Eine passive Innovationspolitik muss ein Klima erzeugen, das Neues als Chance und nicht als Gefahr für das Alte sieht. Sie muss Markteintritts- und Austrittsschranken abbauen – auch für (ausländische) Arbeitskräfte. Sie muss für ein soziales Milieu sorgen, in dem sich Grübler, Erfinder und Gründer wohl fühlen. Kurz: Eine Wirtschaftspolitik, die auf Freiheit und Eigenverantwortung baut, ordnungs- und nicht prozesspolitisch ausgerichtet ist, die Wandel und Offenheit als Schlüssel zum langfristigen Erfolg versteht, ist automatisch auch eine gute Innovationspolitik.